

Klaus Höpcke

Restaurations *un*wille überrollt

Charakter und Konsequenzen
der Ereignisse im Herbst 1989
in der DDR

Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.
(Rosa-Luxemburg-Stiftung in Thüringen)

TEXTE & ARGUMENTE

„Es bildet ein Talent sich in der Stille, / Sich ein Charakter in dem Strom der Welt“, heißt es bei Goethe im „Torquato Tasso“. Der Satz bezieht sich auf Personen. Uns interessiert heute hier der Charakter von Ereignissen. Der bildet sich erst recht im „Strom der Welt“, im Gerangel verschiedenartiger Kräfte. Objektive Umstände und subjektive Voraussetzungen üben da ihren Einfluß aus. Mal in schwächerem, mal in stärkerem Maße wird der Charakter der Ereignisse von den Charakteren der in ihnen agierenden Personen und Menschengruppen, der an ihnen beteiligten Akteure bestimmt, zumindest mitbestimmt.

Davon ausgehend, werde ich, bevor ich auf Begriffliches in Bezug auf die Ereignisse im Herbst 1989 in der DDR zu sprechen komme, einiges von diesen Ereignissen selbst in Erinnerung rufen. Dabei äußere ich mich weniger als ein in der Distanz von anderthalb Jahrzehnten analysierender Historiker und mehr als ein damals wie jetzt beteiligter Zeitzeuge, der sich vor allem auf Vorgänge bezieht, die er – das Wort Zeitzeuge buchstäblich und ganz ernst nehmend – selber bezeugen kann.

Am 18. September ist es 15 Jahre her, daß ich an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee geredet habe. Offen zur Sprache gebracht habe ich da einige Faktoren, die einen wesentlichen Anteil daran hatten, daß es zu dem kommen konnte, was später oft – und so auch im Titel dieses Vortrags – als „Ereignisse im Herbst 1989 in der DDR“ bezeichnet wurde. Die „Junge Welt“ veröffentlichte das von mir Gesagte am 21. September 1989, und am Abend zuvor rief mich der Chefredakteur, Hans-Dieter Schütt, an und sagte: „Morgen steht die Wiedergabe Deiner Rede im Blatt. Ob wir morgen Abend noch das sind, was wir jetzt sind, wissen wir nicht.“

Weder Rüffel noch Rückhalt

Dieser Beitrag hat mich seinerzeit in eine ungeheuer gespannte Situation gebracht: Einerseits viel Zustimmung aus Betrieben, Universitäten, Schulen, aus Partei- und FDJ-Organisationen, von Schriftstellern und anderen Kunstschaaffenden. Der Artikel wurde xerographiert, an Wandzeitungen ausgehängt, diskutiert. – Andererseits damals, immerhin schon Ende September: das immer noch anhaltende wochenlange Schweigen der Führung. Zu den Problemen. Und auch zu deren Erörterung, wie durch mich geschehen. Aus dem „Großen Haus“ (dem Sitz des SED-Zentralkomitees am Werderschen Markt) ertönte nicht der Ruf: „Löst sie ab, die oppositionsbegünstigenden Nestbeschmutzer!“ Aber zu hören war auch nicht, und sei es im Flüsterton: „Habt ja recht, ist ja wahr, muß endlich gesagt werden.“ Nein. Es gab von dort weder Rüffel noch Rückhalt.

Später, in seinem 1999 im Verlag Neues Leben erschienenen Buch „Herbst 89“, allerdings bezieht sich Egon Krenz im Zusammenhang mit von ihm ausgearbeiteten Notizen für Veränderungen in einer souveränen sozialistischen DDR auf diesen Text. Er schreibt: „Ich weiß, daß viele in der DDR ähnlich denken. Am 21. September zum Beispiel veröffentlicht die Tageszeitung JUNGE WELT

Auszüge aus einer Rede von Klaus Höpcke, die er vor Hochschullehrern und Studenten der Kunsthochschule Berlin-Weißensee gehalten hatte. Er fordert zum Nachdenken auf, „welche Umstände des Lebens bei uns in diesem oder jenem überhaupt den Wunsch entstehen lassen, das Land zu verlassen beziehungsweise der Verlockung zu unterliegen, wenn in leuchtenden Farben betörende Lebensmöglichkeiten anderswo ausgemacht werden“. Dazu Krenz: „Soweit ich weiß, ist die JUNGE WELT die erste Zeitung und Klaus Höpcke der erste Autor aus den Reihen der SED, die das Thema Ausreise und ihre Ursachen öffentlich ansprechen. Niemand wird jetzt mehr in der Lage sein, es unter den Teppich zu kehren.“

Daß sich auf diese Weise erstmals ein höherer SED-Funktionär öffentlich äußerte, bemerkte übrigens am 22. September 1989 auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

„Offen aussprechen, was bei uns Sache ist“

Der Punkt „Fluchtgründe“ war in dem hier in Rede stehenden Vortrags- bzw. Artikeltext nicht isoliert betrachtet, sondern im Zusammenhang mit umfassenderen Problemen unserer inneren Gesellschaftsentwicklung, in denen Wesentliches zu ändern anstand, behandelt worden. Einige seien stichpunktartig genannt:

- Wer Spitzenleistungen vollbringt, muß Spitzenbedürfnisse befriedigen können.
- Das Verhältnis zwischen hoher Bildung, die die meisten bei uns erworben haben, und ihrer zu geringen Beteiligung am Finden von Entscheidungen.
- Die Neigung, andere zu gängeln und zu bevormunden, von der einige Leiter sich gründlich verabschieden müßten.
- Der Blick auf viele unserer Bahnhöfe und auf den Zustand alter Häuser, der bewußt macht, was vernachlässigt wurde und um so nachdrücklichere Aufmerksamkeit erfordert.
- Zu den Erwartungen, die nicht nur mir besonders wichtig erscheinen, gehört, sagte und schrieb ich des weiteren: daß wir offen aussprechen, was bei uns Sache ist.
- Zu diskutieren lohne sich auch, wie aufgeschlossen wir für Neuerergeist, für Innovationen sind – im Leben und in den Künsten.
- Ferner: Wie stehe es um den Umgang von Behörden mit den Bürgern, die sich an sie wenden? Es dürfe nicht um das „Erledigen“ von Vorgängen gehen, sondern es gelte, immer herauszubekommen, worin das Notwendige und im Notwendigen das real Mögliche besteht, und zu erwirken, daß das Mögliche geschieht.
- Nicht zuletzt sprach ich mich dafür aus, daß die Information über die Situation in anderen Ländern verbessert wird.

Contra asymmetrische Konvergenz

Solch starke Betonung innerer Faktoren bedeutete nicht, Einwirkungen von außerhalb aus den Augen zu verlieren. Vielmehr wurde den Drahtziehern der damals auf Hochtouren gebrachten Kampagne gegen die DDR angelastet, sie handelten bei ihrer „Feindbildproduktion im System psychologischer Kriegsführung“ auch aus ökonomischem Egoismus. Im Interesse einer „eigennützigen Umverteilung von Wirtschaftskraft“ legten sie es darauf an, „Arbeitskräfte aus anderen Ländern zu erübrigen und die entsprechenden Tätigkeiten von ehemaligen DDR-Bürgern ausführen zu lassen“. Mit den hinzugewonnenen, vielfach willfähigen Leuten wollten sie Druck auf Einwohner der BRD ausüben. Zugleich übten sie Druck auf die Eingereisten selbst aus: „War zunächst eingestanden worden, man habe es oft mit Menschen einer hohen Qualifikation zu tun, redete man bald immer öfter von ‚geringer Qualifikation‘, was natürlich wegen des damit verbundenen geringeren Einkommensanspruchs gesagt wird. So findet Diebstahl im gesamtgesellschaftlichen Maßstab und per Qualifikationsmanipulierung auch gegen viele persönlich statt.“

Worauf die antisozialistischen Kampagnenführer mit ihren reformerischen Heuchelsprüchen in Wahrheit hinaus wollen, das sah ich unter anderem durch den „Rheinischen Merkur“ enthüllt, der damals die Forderung nach „asymmetrischer Konvergenz“ erhob. Das sei ein Eingeständnis der Tatsache, daß sie uns ihr System aufdrücken wollen. So zeige sich: Es gibt außer nationalem einen sozialen, politischen Revanchismus. Seine Sprecher rufen uns zur *R e f o r m* auf und sie meinen *r e t u r n* im transitiven und im intransitiven Verständnis des Wortes: Wir sollen zurück *g e b e n* und zurückgehen – „zurück“ an die Kapitalisten, zurück in den Kapitalismus. Sie schimpfen über Reformunwilligkeit und beklagen damit in Wahrheit unseren Restaurationsunwillen.

Eine Spielart von „Nowismus“?

Zu erwägen gab ich auch noch etwas, das vielleicht heute, da wir uns für alle denkbaren Motive menschlichen Verhaltens und Handelns einschließlich anthropologischer Seiten lebhafter interessieren als das damals der Fall war, mehr Aufmerksamkeit findet. Wie ich gehört hatte, sehen führende Persönlichkeiten des Kampfes gegen den Drogenrausch im Westen eine der Ursachen für die Anfälligkeit junger Leute für diese Sucht in einer Erscheinung, die sie „Nowismus“ nennen, vom englischen Wort „now“ abgeleitet: im Bestreben, alles gleich und jetzt und sofort haben zu wollen.

Kann es sein, fragte ich, daß wir es bei den Auseinandersetzungen, die wir jetzt führen, auch mit einer Nowismus-Spielart unter anderen Bedingungen zu tun haben? Auf jeden Fall wäre es sinnvoll, über das Verhältnis von kurzlebigen Genüssen und einem langandauernden spannungsvollen Lebensgenuß nachzudenken und miteinander zu sprechen.

Bürgerrechtler erklären sich

Über weitere Wortmeldungen, die Egon Krenz damals aufgefallen sind, und darüber, wie das Politbüro sich zu ihnen verhielt, schreibt er in seinem Buch: „Inzwischen sind neue politische Bewegungen und Gruppierungen entstanden. Sie fordern die in der DDR-Verfassung garantierten Bürgerrechte ein. Sie gehen in ihren Programmen von einem gesellschaftlichen Konsens aus: die DDR und den Sozialismus zu reformieren. Pfarrer Friedrich Schorlemmer formuliert: Es geht nicht um die ‚Emeritierung des Sozialismus, sondern um seine Erneuerung‘. Entweder ist ‚der Sozialismus von Peking bis Berlin reformfähig, oder er verschwindet erst mal‘. (taz vom 9. September 1989) Im Gründungsaufwurf der Bürgerbewegung Demokratie jetzt heißt es: ‚Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verlorengelassen soll. Er darf nicht verlorengelassen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß.‘ Das Neue Forum, das am 11. September 1989 zum ‚Aufbruch jetzt‘ rief, will: ‚... Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft.‘ Es will ‚das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen ...‘ (taz vom 13. September 1989) Pfarrer Edelbert Richter aus Erfurt ist sicher, daß ‚nicht nur das Wort sozialistisch, sondern auch bestimmte gesellschaftliche Prinzipien des Sozialismus‘ für uns weiter einen guten Klang haben müssen. (taz vom 16. September 1989) Am 19. September 1989 faßt die Synode des DDR-Kirchenbundes einen Beschluß, in dem sie diejenigen, die unser Land verlassen wollen, aufruft: ‚So bitten wir Sie, hier zu leben und einen Beitrag für eine gute gemeinsame Zukunft in unserem Land zu leisten.‘ (Beschluß der Synode des Evangelischen Kirchenbundes der DDR vom 19. September 1989 in Eisenach).“

Altes Politbüro auf hohem Roß statt im Gespräch

Egon Krenz überlegte, wie er schreibt: „Ob alle von ihnen in ihrem Innersten wirklich einen reformierten Sozialismus wollen? Wer kann schon in alle Herzen und Hirne schauen?“ Das Politbüro stelle sich nicht einmal diese Frage, bemerkt er und fährt fort: „Wir sitzen weiter auf dem hohen Roß. Statt mit den kritischen Geistern zu reden, beharren wir auf Dogmen, die das Leben überholt hat. Das SED-Politbüro schweigt weiter. Aber an der Parteibasis brodelt es. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung nimmt zu. Unruhe und Unsicherheit breiten sich aus. Demonstrationen setzen ein, deren Teilnehmer für Veränderungen in der sozialistischen Gesellschaft eintreten. Ihre Worte ‚Wir bleiben hier‘ sind zunächst ihre Antwort auf ‚Wir wollen raus‘. Schon kurze Zeit später entsteht eine umfassende Protestbewegung gegen die gegenwärtige Politik der DDR-Führung unter dem Motto ‚Wir sind das Volk‘.“

In diesem Zusammenhang sind auch Initiativen wie der „Brief aus Weimar“ von Christine Lieberknecht, Dr. Gottfried Müller und anderen zur Erneuerung der CDU sowie eine deutlich kritische Rede des LDPD-Vorsitzenden Manfred Gerlach zu sehen.

Demokratisierungs-Anstöße sozialistischer Wissenschaftler und Hermann Kants Satz über das Schlechteste an der DDR 1989: „Daß es sie so wie derzeit gibt.“

Wissenschaftlich fundierte Anregungen aus der Feder von Mitgliedern der SED kamen aus der Forschungsgruppe „Moderne Sozialismustheorie“ an der Berliner Humboldt-Universität mit den Autoren Michael Brie, Dieter Klein, Rainer Land, Dieter Segert zu Problemen wie Öffentlichkeit, Demokratie, Persönlichkeitsentwicklung. Uwe-Jens Heuer, der den DDR-Herbst 1989 aus dem fernen Berkeley betrachtete, hatte in den Vorjahren im Streit um sein Manuskript, das dann doch noch zum Buch wurde – „Marxismus und Demokratie“ –, wichtige Anstöße für den entschiedenen Ausbau demokratischer Elemente im Sozialismus gegeben.

Starken unmittelbaren Widerhall hatte ein am 9. Oktober 1989 in der „Jungen Welt“ veröffentlichter Offener Brief von Hermann Kant. „Vor vielen Wochen habt auch Ihr“, schrieb Kant der Redaktion, „eine Umfrage gemacht. In einem Satz sollte man sagen, was man als das Beste an der DDR empfinde. Ich weiß meine Antwort auf Eure Frage nach dem Besten der DDR noch genau, zumal ich sie in einem nicht sehr korrekten, dafür aber kaum verkürzbaren Satz geliefert habe. – ‚Daß es sie gibt‘, sagte ich. Fragt man mich jetzt nach dem Schlechtesten an ihr, müßte ich wohl sagen: Daß es sie so wie derzeit gibt.“

Daß im Strom der Aktivitäten weiter Kreise der Bevölkerung Äußerungen von einzelnen sowie von sich bildenden Gruppen eine bestimmte Rolle spielen konnten – als persönliche Anteile, in aller Bescheidenheit –, war anzunehmen. Und so ist es auch gewesen. Sie wirkten allerdings in sehr unterschiedlichem Maße. Und: zum Teil in entgegengesetzten Richtungen. Rainer Eppelmann z.B. sprach vom Sozialismusbewahren nur, weil es die UdSSR noch gab, die Truppen auf deutschem Boden unterhielt. Edelbert Richter hingegen sprach über Sozialistisches in einem anderen Geist.

Was nun die nach Krenz' Beobachtung im September 1989 noch immer auf „hohem Roß“ befindlichen Menschen im Politbüro angeht, so gerieten sie dann doch in Bewegung. Aber weniger planvoll und zielstrebig, als in den Strudel der Ereignisse hineingerissen und auf Schadensbegrenzung bedacht, immerhin.

Was hat es auf sich mit: „Keine Gewalt“?

Es kam, wie bekannt, im Gefolge der zunehmenden Proteste im Lande, darunter mit an erster Stelle der Leipziger Montagsdemonstrationen, zur Absetzung Erich

Honeckers Mitte Oktober. Der Ausschluß von Gewalttätigkeiten bei diesen Demonstrationen gehörte zu ihren Grundbedingungen. Wie die Einziehung der Pistolen von persönlichen Waffenträgern und der Befehl zum Nichteinsatz von Militär gegen Demonstranten waren die Bemühungen von Persönlichkeiten wie Pfarrer Christian Führer und Generalmusikdirektor Kurt Masur um die Wahrung von Gewaltfreiheit auch durch die Demonstrierenden von erheblichem Gewicht. Am Vorabend des 7. Oktober kamen Kurt Masur und der Sekretär der SED-Bezirksleitung Kurt Meyer überein, gemeinsam mit einigen weiteren Persönlichkeiten eindringlich für friedliche Veränderungen einzutreten. Es bildete sich die Gruppe der Sechs, zu der außer den beiden Initiatoren der Kabarettist Bernd-Lutz Lange, der Studentenpfarrer Peter Zimmermann sowie zwei weitere Sekretäre der SED-Bezirksleitung gehörte: Roland Wötzel und Jochen Pommert. Im Geiste solchen Zusammenwirkens, das er unterstützte, hat Superintendent Magirus von Leipzig-Ost, zu dem die Nikolai-Kirche gehört, später fair und feinfühlig am Runden Tisch agiert.

Der gesellschaftliche Druck, der von Hunderttausenden mit politischen Forderungen auf die Straße gehenden Menschen ausgeübt wird, ist natürlich ein Akt dessen, was man neben der legislativen Gewalt, der exekutiven Gewalt und der justitiellen Gewalt (sowie der nicht deklarierten, aber mächtig existierenden Mediengewalt) als appellative politische Gewalt unmittelbar wahrgenommener demokratischer Rechte bezeichnen kann. Gelegentlich wird darauf nicht deswegen hingewiesen, um diesem politologisch geläufigen Tatbestand Rechnung zu tragen, sondern in der Absicht, die Losung „Keine Gewalt“ in Mißkredit zu bringen – im Sinne von: „Ist doch Unfug.“ Solche Sicht blickt vorbei an den realen Umständen des historischen Augenblicks, an den in ihm liegenden Gefährdungen. Daß die Ereignisse des Herbstes 1989 in der DDR ohne Einsatz von Gewalt im Sinne von Waffengewalt vor sich gegangen sind, war aus drei Gründen notwendig: 1. So wurde Provokationen vorgebeugt, die eine Konfrontation zwischen Truppen der NATO und des Warschauer Vertrages hätten zur Folge haben können. 2. So wurde anschaulich, beweiskräftig die Absage an ein von nicht wenigen traumatisch befürchtetes Vorgehen à la Platz des Himmlischen Friedens unterstrichen. 3. Um es mit den Worten zu sagen, die Friedrich Schorlemmer gebrauchte, als er einer Runde bürgerlicher Politik-Repräsentanten, mit denen wir beide Mitte der 90er Jahre an einem Tisch in Frankfurt am Main zur Buchmesse zu sitzen kamen, mit einiger Drastik deutlich zu machen versuchte, wie sie sich das Verhältnis zwischen einem DDR-Staatsvertreter wie mir und einem DDR-Oppositionellen wie ihm in der Umbruchsituation erklären könnten: „Sie haben nicht auf uns geschossen. Wir haben sie nicht aufgehängt.“ – „Die einen wie die anderen haben sich“, fügte ich hinzu, „darauf eingelassen, miteinander zu ringen, zu streiten – bei lebendigem Leibe.“

Die Tatsache, daß in zeitgeschichtlichen Publikationen westlichen Ursprungs geprahlt wird, die USA hätten ohne Schußwaffeneinsatz Ergebnisse erreichen

können, wie das sonst nur im Gefolge großer Kriege möglich ist, sollte – meine ich – niemanden auf unserer Seite veranlassen, das Praktizieren der Losung „Keine Gewalt“ nachträglich in Frage zu stellen. Es kam zu punktueller Interessenübereinstimmung aus gegensätzlichen Antrieben. So etwas kommt vor in der Geschichte. Mörderisches Blutvergießen zu vermeiden, lag in unserem Interesse. Habe ich die Verdienste Leipziger Persönlichkeiten daran hervorgehoben, so seien die nicht minderen von Egon Krenz, Heinz Keßler und Fritz Streletz an dieser Stelle hinzugefügt.

Zweiter und dritter Rücktrittsschub

Trotz Honeckers Absetzung ließen die Proteste nicht nach. Einen Höhepunkt der anhaltenden Demonstrationen bildete die Kundgebung von annähernd 500.000 Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989. An deren Organisation hatten Theaterleute und andere Kulturschaffende besonderen Anteil. Das fand auch in Aussagen und Gestaltung von Transparenten seinen Ausdruck. Aspekte der Meinungsfreiheit wurden häufiger als sonst betont. Die Reden – so von Steffi Spira, Johanna Schall, Gregor Gysi, Jens Reich, Stefan Heym, Christa Wolf, Heiner Müller, Friedrich Schorlemmer, Lothar Bisky, Christoph Hein – waren in großer Schärfe kritisch gegen Verwerfungen in der DDR-Politik und zugleich besonnen im Hinblick auf ein Handeln im Geiste des Aufrufs „Für unser Land“. Das galt auch für die Auftritte von Manfred Gerlach, Günter Schabowski und Markus Wolf, die aber positiven Widerhall nicht fanden und wohl auch nicht finden konnten.

Am Tag nach dem 4., am 5. November 1989 forderte im „Gespräch am Karl-Marx-Platz“ im Leipziger Gewandhaus, zu dem Kurt Masur eingeladen hatte, Kulturminister Jochen Hoffmann den Rücktritt der Regierung und des Politbüros.

Signale aus den Etagen bisheriger Führung wurden am 8./9./10. November durch die Umbildung des Politbüros, in dem nun neben Krenz und Schabowski Wolfgang Herger und Siegfried Lorenz maßgebliche Arbeit leisteten, und am 16./17. November durch den Amtsantritt der Regierung Modrow gesetzt. Dazwischen lag die Maueröffnung, die – auch ohne Schabowskis laxer Bekanntgabe auf einer Pressekonferenz – das Aufgeben von Eigenständigkeit bezeugte und beschleunigte.

Die Vorgänge sind häufig und weitgehend behandelt. Statt mich in Wiederholungen dazu zu ergehen, möchte ich den Eindruck bekräftigen, daß es der von Hans Modrow geleiteten Regierung gelang, einer gewissen Stabilisierung der Lage im Lande dienende Schritte einzuleiten. Wichtig war, daß er mit Christa Luft eine angesehene und hochkompetente Wirtschaftswissenschaftlerin an seiner Seite hatte. Als für die Kirchen zuständigen Minister hatte Modrow Lothar de Maizière für sein Kabinett gewonnen. Trotz vielfältigen Konfliktstoffs kam es zu fruchtbaren Wechselbeziehungen zwischen Kabinettsarbeit und Beratun-

gen am Runden Tisch. Das wirkte sich günstig auf die spätere – ab 5. Februar 1990 – Regierungsbeteiligung von Vertretern der Bürgerrechtsbewegungen wie Wolfgang Ullmann aus.

Was die leitenden Gremien der SED betrifft, so ist belegbar, daß im Hin und Her zwischen sinnvollen Aktionsentschlüssen und sich ausbreitenden Erscheinungen von Aktionsunfähigkeit letztere mehr und mehr überwogen. Sinnvoll war die Arbeit an einem Aktionsprogramm; dessen Text verdient eine gesonderte Betrachtung. Hingegen sah – und sehe ich – Zeichen arg verminderter Handlungsfähigkeit darin, daß auch das umgebildete Politbüro es mehrheitlich ablehnte, eigenständige Untersuchungen zu den bei den Wahlen im Frühjahr 1989 verbreitet vorgekommenen Ergebnisfälschungen zu veranlassen. Ausgewichen wurde auch der Beschäftigung mit den gerüchteumwitterten Praktiken der „Kommerzielle Koordinierung“ (Koko) genannten Außenhandelsorgane unter der Leitung von Alexander Schalck-Golodkowski. Rückgang an Handlungsfähigkeit zeigte sich nicht zuletzt, ja besonders daran, wie zögerlich und schwankend seitens des Politbüros auf die Forderungen der Parteibasis reagiert wurde, statt einer Parteikonferenz (der statutengemäß das Recht gefehlt hätte, eine neue Führung zu wählen) einen mit Wahl-Rechten ausgestatteten außerordentlichen oder Sonder-Parteitag einzuberufen. In der Sitzung des Politbüros am 1. Dezember 1989 regte Egon Krenz an, schnellstens – und zwar, wie er vorschlug, zum 3. Dezember, 17 Uhr – die nächste Tagung des ZK der SED zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitags einzuberufen. Denn „der Hauptpunkt der Kritik am gegenwärtigen Politbüro“ besage, daß ungenügend sei, was für die Parteitagsvorbereitung getan werde. Es gebe deswegen Aufrufe – so von Genossen aus dem Werk für Fernsehelektronik (WF) und der Parteiorganisation der Humboldt-Universität –, am 10. Dezember 1989 zu einer gesonderten Parteitags-Delegierten-Zusammenkunft zusammenzukommen. In solchen Aktionen könne die Gefahr einer Spaltung der Partei liegen.

Aufgrund von Initiativen sowohl aus dem umgebildeten Politbüro als auch von 1. Bezirkssekretären, unter denen Roland Wötzel besonders gründlich die Lage im Lande und die Erwartung vieler Menschen analysierte, kam es am 3. Dezember zur Bildung eines Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitags. Der Vorschlag, daß Herbert Kroker, Erfurt, den Ausschuß leiten könnte, fand Zustimmung. Vorausgegangen war der Politbüro-Rücktritt, zu welchem sich die Mitglieder des umgebildeten Politbüros entschlossen hatten. Hinzu kam der Rücktritt des ZK, der von einigen Bezirkssekretären – so von Bernd Meier (Frankfurt/Oder), Roland Claus (Halle), Heinz Vietze (Potsdam), Erich Postler (Gera) – gefordert worden war und den als Punkt 3 ein der zwölften Tagung des ZK unterbreiteter Beschlußentwurf enthielt; er wurde bestätigt – in einer von Aufgeregtheit, Wut, Empörung, Ratlosigkeit und Zerfahrenheit bestimmten Atmosphäre.

Dank des Parteitags an die mündigen Bürger

Auf dem Parteitag, der am 8./9. und 16./17. Dezember in Berlin stattfand, sprach als erster Herbert Kroker. Er begründete den Entschluß, einen Außerordentlichen Parteitag einzuberufen, vor allem damit, daß es „lebensnotwendig für unsere Partei“ war, „handlungsfähige Leitungsgremien zu wählen, die durch die Parteibasis legitimiert sind“. „Nur so“, fügte er hinzu, „können wir mithelfen, die Krise des administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande zu überwinden und unsere Vorstellungen in einen neuen Entwicklungsweg unserer Deutschen Demokratischen Republik einzubringen.“ (S. 37 des Protokollbandes)

Wie Krokors Einleitungsbemerkungen, werden auch andere „Hauptsätze“ dieses Parteitags im Gedächtnis wieder lebendig. So von Hans Modrow, der zur „Lage im Land“ sprach und die Delegierten aufrief: „... laßt diese Partei nicht zerbrechen, nicht untergehen, sondern macht sie sauber und stark ...“ (S. 38) und von Gregor Gysi, der in seinem Referat „Zur Formierung einer modernen Partei des demokratischen Sozialismus“ betonte: „Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande.“ (S. 51) Was Modrows zweite Rede angeht, die er in der nächtlichen, nichtöffentlichen Sitzung hielt, so ist Kennern der Materie längst bekannt, was auch das Protokoll (S. 93–96) belegt. „Nichts Geheimes gibt’s da nicht“, ist man geneigt zu spötteln. Im Ernst: Modrow begründete, daß Parteiauflösung seine Arbeit als Ministerpräsident gefährden und die Destabilisierung verschärfen würde.

Von besonderem Gewicht war der von den Delegierten des Parteitags bei nur einer Gegenstimme und sechs Stimmenthaltungen angenommene Bericht der Redaktionskommission, den Lothar Bisky erstattete. Er begann mit folgenden drei Sätzen: „Die Delegierten des Sonderparteitags sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir sind willens, diese Schuld abzutragen. Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben.“ (S. 154)

Zu den „Pflöcken“, mit denen der Parteitag die weitere PDS-Entwicklung maßgeblich beeinflußt hat, gehört, was „Neues Deutschland“ zum Ausdruck brachte, als es seiner Wiedergabe von Michael Schumanns Referat „Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED“ (S. 178–192) die Überschrift gab: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“

Der aufregendste Streit

Das meines Erachtens Aufregendste auf dem 1989er Parteitag erlebten wir im Hin und Her um Rudolf Bahros Diskussionsrede (ab S. 239). Die einen wollten, daß er redet, andere meinten, weil er nicht Delegierter, sondern Gast sei, solle er lieber nicht reden. Manche plädierten für eine zehnminütige Redezeit, ihnen widersprachen Genossen, die es für richtig hielten, ihn dreißig Minuten sprechen zu lassen. Er erhielt schließlich nach der Entscheidung der Mehrheit der Delegierten das Wort für dreißig Minuten.

Und nun seine Rede. Und ihre Aufnahme. Wer aus unseren Reihen das heute im Protokollband nachliest und von selbstkritischer Beschämung frei bleibt, bei der oder dem – behaupte ich – stimmt etwas nicht im Hinblick auf die Selbstbewertung, demokratische Sozialistin/demokratischer Sozialist zu sein. Denn das ist doch unerhört: Der einzige gründlich gorbatschowkritische Redner des ganzen Parteitags wird durch Zurufe mehrfach unfair attackiert!

Bahro kündigte an, was er anzubieten habe, komme einem Korreferat zu den Ausführungen Dieter Kleins gleich, der „Über die Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei und ihren Beitrag für eine neue sozialistische Gesellschaft“ referiert hatte (S. 225–239), sowie einer kameradschaftlichen Auseinandersetzung mit Auffassungen, die Hans Modrow eine Woche zuvor im Kreise von Generaldirektoren geäußert hatte. Er bat die Delegierten, sich doch zu seiner Meinung so zu stellen, „daß es vielleicht ohne Beifall und ohne Pfeifen geht“. Es sei einfach ein „Denkstück“, das er vortrage, „hinter dem aber eine ganze Menge theoretischer Arbeit steht“ (S. 248). Dennoch ging es ohne ungeduldige Zurufe („Konkret!“, „Vorschläge!“), Unmutsäußerungen, höhnische Heiterkeit, Pfiffe und im Protokoll neutral als „Bewegung im Saal“ bezeichnete Unruhe nicht ab. Für ungewohntes Denken, für das angebotene „Denkstück“ mangelte es bei diesem ersten größeren Versuch, Toleranz zu üben, an eben dieser Toleranz doch (noch?) sehr – der Aufforderung des Versammlungsleiters Wolfgang Berghofer zum Trotz, der den Genossen in einer Zwischenbemerkung während Bahros Rede ermahnen gegeben hatte: „Wollen wir zeigen, daß wir auch zuhören können, wenn wir anderer Meinung sind!“ (S. 252)

Von dem, was Bahro „zur Sache“ sagte, reicht es, an dieser Stelle stichwortartig an einige Fragen, Sätze und Halbsätze zu erinnern, um sich die Brisanz seines Auftritts wieder vor Augen zu führen. Er kritisierte, daß wir „unsere Wirtschaft de facto von der Devisenbeschaffung für das ökonomische Wettrüsten mit dem stets überlegenen Klassenfeind, statt von den Bedürfnissen der Bevölkerung steuern lassen“. Er fragte: „Wissen die Führungskräfte unserer Industrie, daß sie bald nur noch bessere Filialleiter sein werden, später dann auf Abruf?“ Er sah, wie DDR-Kombinate und -Betriebe „längst planmäßig potentielle Brückenköpfe der anderen Gesellschaftsformation geworden“ waren. Jetzt solle die Besetzung folgen. Er stellte fest: „Es liegt in der Logik aller dieser Vorgänge, daß unsere Gesellschaft Gebiet um Gebiet ihre Souveränität aus der Hand

gibt.“ Er griff die „welthistorische Korruption“ an, der wir verfallen seien aufgrund unseres „prinzipiellen Ökonomismus“. Von den Weltmarktbedingungen her, meinte er, drehe sich alles falsch herum. Wer da nicht herauskomme, erliege der „Illusion, wir hätten nur erneut anzutreten ohne die Deformationen“. Daraus könne nichts werden. „Moskau macht einstweilen noch eine Wirtschaftspolitik weiter, bei der ein Boris Jelzin, wenn er vor Amerika auf dem Bauche liegt, keineswegs aus dem Rahmen fällt, was die Wertmuster betrifft.“ Auch das ein Satz aus dieser SED/PDS-Parteitagrede vom Dezember 1989. Und was unser Agieren hier betrifft, so bezichtigte Bahro mehr oder minder uns alle, wir würden um der „gruppen-egoistischen Sisyphusarbeit“ willen, daß man unsere Selbstdarstellung in der technokratisch-kommerziellen Olympiade auch „drüben“ gelten lasse, „sozusagen Agenten der Kapitaldynamik wider Willen“ sein. Innerlich wie faktisch seien wir „umgedreht worden“. Herbe Sicht – voll wie tiefer Wahrheit aber inmitten illusionsgetränkter Träume, was für Segnungen der Kapitalismus vielleicht und hoffentlich doch noch bringen würde. Dem Programmatischen in der PDS heute könnte es gut tun, das Kapitel Bahro aus dem Parteitagserbe von vor fünfzehn Jahren nicht „außen vor“ zu lassen.

Mit Blick aufs Heute und Hier läßt sich beziehungsweise und anspielungsreich auch lesen, was zum Umgang miteinander innerhalb der sich bildenden PDS gesagt wurde. Ich denke da vor allem an Wolfgang Pohls Rede „Die radikale Erneuerung der Partei verlangt zwingend ein neues Statut“ (S. 242–247). Als auf der Bundeskonferenz der PDS Anfang Dezember 1999 Lothar Bisky integrative Toleranz forderte (siehe PDS-Presse-Dienst Nr. 49/99, Seite 6), da hatten wir, wie später noch häufiger, Gelegenheit, uns des Credos zu erinnern, das Pohls Statutenreferat enthalten hatte: „Wir brauchen nichts, was Angst macht, sein Inneres zu offenbaren, denn nur wer denkt, ist frei und selbständig, heißt ein Philosophenwort.“ (S. 244) Daß es in unseren Reihen auch Äußerungen gibt, die auf Entgegengesetztes hinauslaufen, dagegen müssen wir immer auf der Hut sein.

In Reden auf dem Parteitag wie in Papieren, die dessen Antragskommission, die ich zu leiten hatte, zugegangen waren, traf man des öfteren auf die Formulierung, mit dieser oder jener neuen Regelung solle Gängeln, Bevormunden, zentralisiertes Reinreden usw. „ein für allemal“ ausgeschlossen werden. Dazu machte ich eine Anmerkung, die hier wiederholt sei:

„... ein für allemal? Strukturen, Rahmenbedingungen und andere Voraussetzungen können vieles bewirken, begünstigend in der einen und einschränkend in der anderen Richtung. Doch einfach darauf zu bauen, daß wir nun Regelungen haben werden, die allein aus sich heraus alles Böse abwenden und alles Gute erblühen lassen, das hielte ich für illusorisches Denken. Denn ob die per Programm und Statut, Verfassung und Gesetz ermöglichte Demokratie tatsächlich verwirklicht wird, darüber geben die Menschen mit ihrer Haltung den Ausschlag: Sie zu ermuntern und zu ermutigen zu selbständigem Denken und Urtei-

len durch unser eigenes Beispiel, darin wird sich die Wirksamkeit unseres außerordentlichen Parteitages genau so erweisen müssen wie durch seine Beschlüsse.“ (S. 358/59)

Revolution? – Nein

Was bleibt nach alledem im Begrifflichen zum Charakter der Ereignisse zu sagen? Ich knüpfte da wiederum an eine damals versuchte Antwort an. Für einen Band „Aktuelle Stellungnahmen aus der DDR“, der unter dem Haupttitel „Träumen verboten“ im Göttinger Lamuv Verlag im März 1990 erschienen ist, schrieb ich folgendes: „Eine Revolution nenne ich das, was im Herbst 1989 in der DDR begonnen hat, noch nicht. Die revolutionäre Volksbewegung hat politische Erstarrungen aufgebrochen. Wohin sie im weiteren führt, hängt von den Kämpfen ab, in die äußerst verschiedenartige Kräfte verwickelt sind. Die Auseinandersetzungen zwischen den an demokratischer Umwälzung Interessierten und ihren konservativen, restaurativen Widersachern werden inzwischen vielfach überlagert und gestört durch Repräsentanten einer anderen Art von Restauration. Es melden sich von außerhalb und aus dem Inland jene, die zum Angriff auf die Dominanz gesellschaftlichen Eigentums in der DDR-Wirtschaft angetreten sind. Sie wollen das Land in vor-sozialistische Verhältnisse zurückholen oder -stoßen. Die revolutionäre Bewegung des Volkes der DDR vom Herbst 1989 hat es nach meiner Überzeugung verdient, vor derartiger Verbiegung, ja Umkehrung bewahrt zu werden.“

Ich halte diese Stellungnahme aus heutiger Sicht, 15 Jahre danach, nicht für korrekturbedürftig. Was darin über den Charakter der Ereignisse gesagt wird, hat sich als zutreffend erwiesen. Das Wörtchen „noch“ im ersten Satz drückt aus, daß ich damals hoffte, es könnte zu Entwicklungen kommen, die es rechtfertigen würden, von Revolution zu sprechen. Diese Hoffnung ist nicht aufgegangen. Verdient hatte es die revolutionäre Bewegung des Volkes sehr wohl, vor der Umkehrung bewahrt zu werden, vor dem Zurückstoßen des Landes in vor-sozialistische Verhältnisse. Aber eben diese Umkehrung hat stattgefunden, dieses Zurückstoßen ist mit allen Mitteln innerer und internationaler Politik durchgesetzt worden.

Folgen und Folgen der Folgen

In den U m b r ü c h e n des Herbstes 1989, wie ich die Ereignisse nenne, gewann nicht das Revolutionäre die Oberhand, die fortschrittliche Umwälzung einer sich erneuernden sozialistischen Gesellschaft, sondern mehr und mehr dominierte das Restaurative, die Wiederherbeiführung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse. Bush der Ältere, Gorbatschow, dessen Politik dazu geführt hatte, daß die UdSSR zu jener Zeit bei der DDR mit 3,085 Milliarden Valutamark verschuldet war, und die Bonner Regierung Kohl hatten maßgeblichen Anteil daran, daß der

in der Bevölkerung einschließlich der Bürgerbewegungen spürbare Restaurationsunwille überrollt wurde. Inwieweit und auf welche Weise hierbei die Geheimdienste dieser drei Mächte CIA, KGB und BND/Verfassungsschutz ihre Hände mit im Spiel hatten, darüber wird bisher, wenn überhaupt, so vor allem in Mutmaßungen, z.B. über „Lutsch“, geschrieben. Seriöse Tatsachenanalysen aufgrund von Aktenaufarbeitung und Zeitzeugenbefragung stehen noch aus.

Von den Konsequenzen nenne ich als erste die Folgen, mit denen wir es unmittelbar hier – im Gebiet der einstigen DDR – zu tun bekamen.

Die Leute hatten ungehindert reisen wollen. Die Bürger hatten gefordert, daß bei Wahlen zwischen verschiedenen Personen, Parteien und Zielsetzungen gewählt werden kann und daß dem Wählen fehlerfreies Zählen der Stimmen folgt. Und nicht zuletzt strebten alle an, unbehelligt Gegenmeinungen zur herrschenden Politik sagen und schreiben zu können. Drei ganz klar den Überbau, kaum – jedenfalls nicht vordergründig – die materielle und ökonomische Basis und die auf ihr basierenden sozialen Verhältnisse betreffende Vorstellungen.

Die wesentlichen Änderungen, die eintraten, hatten Akzente anderer Art. Sie betrafen die Basis, die ökonomische und soziale Grundstruktur der Gesellschaft sowie, was den „Überbau“ betrifft, Zerschlagung politischer Institutionen und Errichtung der Medienherrschaft westdeutscher Konzerne. Das Volk wurde enteignet: Eine staatliche Behörde, die zur Tarnung den ihr in der Zeit der Modrow-Regierung gegebenen Namen „Treuhand-Anstalt“ beibehielt, wütete als Fremdhand-Anstalt. Sie sorgte dafür, daß 93,5 % des ostdeutschen Produktivvermögens durch Privatisierung in fremde Hände gelangten, vorwiegend von Eigentümern in Westdeutschland. Das Land hat man entindustrialisiert: Wir hatten in der DDR 158 Industriebeschäftigte auf 1.000 Einwohner, im Westen waren es 120. Seit 1989 hat man die Quote der im Osten in der Industrie Tätigen auf weniger als die Hälfte des westdeutschen Standes runtergefahren – auf 50 je 1.000 Einwohner. Im Osten Deutschlands gibt es kaum noch größere Industrieunternehmen. Während die Industrieumsätze 2003 in den sogenannten alten Ländern eine Summe von 1.236,6 Milliarden Euro erreichten, beliefen sich die Umsätze von ostdeutschen Industriebetrieben im gleichen Jahr auf nicht mehr als 111,5 Milliarden Euro im Schnitt – laut Angaben der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 26. August 2004.

Anderthalb Jahrzehnte lang hat man das verfehlte Wirtschaftskonzept praktiziert, Infrastrukturmaßnahmen überzubetonen, neue Industrieansiedlungen hingegen bei der Vergabe von Fördermitteln zu vernachlässigen. Zeitgemäße Re-Industrialisierung fand nicht statt. Wenn Dohnanyi das jetzt beklagt, kann er damit bestenfalls den Anspruch späten Vernünftigerwerdens erheben. Rechtzeitig hätte man auf den Rat, der u.a. in Vorschlägen demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten im Bundestag und in Landtagen steckte, hören sollen. Nun aber? Jetzt können die herbeigeführten Mißverhältnisse viel schwerer behoben werden. Und außerdem: Der Denkansatz, im Osten sei verstärkte Industrieentwick-

lung nötig, wird doch sogleich gebremst, wenn er einher geht mit der Zumutung, von den zur Verfügung stehenden Mitteln künftig mehr in Richtung Westen abzuzweigen – wegen dort an einigen Stellen – z.B. in Recklinghausen – anzutreffender ostähnlicher Verhältnisse. Wer mich mutwillig mißverstehen will, wird unterstellen, so äußere sich Gleichgültigkeit gegenüber Städten und Regionen im Westen, die sich in so prekären Situationen wie Recklinghausen, Gelsenkirchen oder Duisburg befinden. Das Gegenteil ist richtig. Ich bin entschieden dafür, daß die Unterstützung strukturschwacher Städte und Regionen auch im Westen spürbar verstärkt wird. Aber sinnvoller Weise doch durch Inanspruchnahme der Reichsten und nicht durch Abknapsen bei den sowieso Benachteiligten.

Mit „O Täler weit, o Höhen!“ besungene schöne Landschaften wurden weiß Gott weit – kilometerweit – e n t s t e l l t: verunstaltet mit häßlichen Großbaracken.

Die einstigen DDR-Bürgerinnen und -Bürger sind in großem Umfang und in hohem Maße e n t w ü r d i g t worden: durch verordnete Ungleichmacherei – geringere Löhne, Gehälter und Renten, doppelte Höhe der Arbeitslosenquote (18,5 % hier, 8,4 % im Westen), brutale „E n t s o r g u n g“ gewachsener geistiger Eliten. Ansprüche an ein reiches kulturelles Leben und auf Kunstgenuß wurden e n t - w e r t e t. Man denke daran, wie humanistische Bücher in Müllcontainern und auf Schutthalden landeten und wie das Repertoire der Theater durch Fusionen der verschiedensten Machart eingeschränkt wurde. Teil der kulturellen Entwertung ist die – tatsächlich so bezeichnete! – „E n t w o r t u n g“, das heißt: die Zurückdrängung von Sprachgebundenem, zum Beispiel in den elektronischen Medien. Dies übrigens ist eine Tendenz, auf die im Westen schon länger hingearbeitet wurde; nun hat man sie auch bei uns eingeschleppt.

Klar: Es gibt heute im Gebiet der einstigen DDR mehr Autos und Telefone; im Häuser- und Straßenbau ist Bemerkenswertes geleistet worden. Aber das hebt die sozial und kulturell ungünstigen Existenzbedingungen für viele nicht auf. Für die Deutschen im Osten ist eben dieser Osten dennoch kein trostloses Terrain voller Jammer. Mit Widrigkeiten zu Rande zu kommen und gewisse Spielräume zu nutzen und zu erweitern, darin haben sie Übung. Auch die Fähigkeit, sich zu freuen, haben sie nicht verloren. Ihre Kreativität und Innovationskraft schöpfen sie aus Freude an Gelungenem und Kritik an Mißratenem. Wobei der Spaß an der satirischen Durchleuchtung von Unfug nicht zu kurz kommt. An Unfug, in dem Spottlust Stoff findet, mangelt es weniger, als uns lieb sein kann. Vor allem aber verfügen die Deutschen im Osten über ein ausgeprägtes Gespür für gesellschaftliche Krisenerscheinungen. Das schließt Selbstkritik ein. Denn sie haben wie unter den aus dem Westen hierher entsandten Wirtschaftsbossen, Bankern und Beamten auch in den Reihen „Hiesiger“ unterscheiden gelernt zwischen unbeirrt aufrichtig und fleißig im Interesse der Bevölkerung Handelnden und solchen, deren Sinnen und Trachten egoistischen Interessen untergeordnet ist. Korrumpieren und korrumpiert werden ist ein Vorgang, der sich nicht auf

Fälle beschränkt, in denen einer mal – zu Anfang – 20.000 DM über den Tisch geschoben bekommt für die Erteilung einer Genehmigung fürs Errichten und Betreiben einer Raststätte an der Autobahn. Später folgten größere „Geschäfte“ im Hunderttausender-Bereich. Beschämt gestehen manche sich ein, daß sie in der trügerischen Hoffnung, selber verschont zu bleiben, es vermieden haben, Widerstand zu leisten bzw. sich am Widerstand zu beteiligen, als in Betrieben zunächst einmal andere als die eigenen Abteilungen ausgedünnt und stillgelegt wurden, und in Universitäten andere Fakultäten. Im Protest gegen die Hartz-Maßnahmen entläßt sich jetzt mehr als das Verlangen, daß asoziale Gesetzgebungen zurückgenommen werden. Bürgerinnen und Bürgern wird zunehmend bewußt, was der Dichter Hanns Cibulka in seinem 1994 erschienenen Buch „Am Brückenwehr“ so ausgedrückt hat: „Was uns in Deutschland heute begegnet, ist das Gesicht einer späten Demokratie, in das die Selbstsucht, Korruption, aber auch die politische Lüge ihre Züge eingebrannt hat. Wir erleben eine Mehrparteiendiktatur, ihre Funktionäre fürchten den Runden Tisch, die Basis-Demokratie genauso wie der Teufel das Weihwasser.“ (S. 105) „Vorsicht vor dem antidemokratischen Phänomen, das Geld heißt“, warnt Cibulka (S. 71).

Die Folgen des Herbstes 1989 hatten ihrerseits zur Folge, daß von diesseits der Elbe erneut viele Menschen nach jenseits der Elbe abwanderten, flüchteten, umzogen; es handelt sich um Millionen, was in verschiedenen ostdeutschen Gebieten zur *E n t v ö l k e r u n g* führt. Und auch das gehört zu den Folgen der Folgen hier: daß ein so hoher Teil der Wahlberechtigten an den einst so ersehnten Wahlen nicht mehr teilnimmt. 15 Jahren der *E n t t ä u s c h u n g* folgt nun auch hier *E n t h a l t u n g*, wie man sie im Westen schon länger kennt, obwohl man jetzt so tut, als handle es sich um ein Ost-Phänomen. Die von einigen unserer auf theoretischem Gebiet arbeitenden Genossen erträumte „doppelte Modernisierung“ (Nachvollzug westlicher Modernequalitäten hier und Mitvollziehen eines als bevorstehend gesehenen gesamtgesellschaftlichen Wandels im Westen) kam im Spannungsfeld zwischen Modellvorstellung und Realität nicht zum Zuge. Auf diese Vorstellungen gestützte Transformationskonzepte enthielten logischerweise viel Illusorisches.

Wer ein wirklichkeitsnahes Bild ostdeutscher Zustände heute skizziert, wird schnell verdächtigt, er wolle „zurück ins Gestern“, er wolle „die DDR wiederhaben“. Eine derartige ahistorische Denkweise aber ist – und bleibe! – uns fremd. Es geht in Wahrheit um etwas anderes: Wer ohne wirklichkeitsnahes Bild ostdeutscher Zustände auszukommen trachtet, wenn er Perspektiven für Ostdeutschland entwirft, kann nicht überzeugen. Der Kampf um Politikwechsel in der Bundesrepublik kann erfolgreich nur sein, wenn wir die Situation ungeschminkt darstellen und klar sagen, daß diese Situation von Grund auf überwunden werden muß. Dazu gehört, die Herausforderung anzunehmen, die in der spürbar dichteren sozialen Nähe der verschiedenen Berufs- und Einkommensgruppen in der DDR gegenüber den jetzigen Verhältnissen besteht. Werden sol-

che Ansätze weiter vernachlässigt oder versäumt, wird infolge anhaltenden ost-deutschen Niedergangs ganz Deutschland in ein Debakel schlimmer als fünf Flutkatastrophen gestürzt.

Besonders verwerflich sind die ewigen Litaneien über „Transfers“ von West nach Ost. Warum verwerflich? Weil sie erstens doppelt verlogen sind: a) Für Autobahnbauten investierte Finanzen heißen in Bayern Bundesmittel, für die dort niemandem regionale Dankbarkeit in irgend eine Himmelsrichtung abverlangt wird; kommt es hingegen in Thüringen zum Einsatz solcher Mittel, werden diese „Tansfers“ genannt. b) Es wird absichtsvoll verschwiegen, daß wegen der Ost-nach-West-Übereignungen als Ergebnis der Privatisierungstätigkeit der Fremdhand-Anstalt von Re-Transfers sprechen müßte, wer von Geldern redet, die von West nach Ost überwiesen werden, genauer: von partiellen Re-Transfers; wer das *Re* wegläßt, lügt. Verwerflich sind die ewigen „Transfer“-Litaneien zweitens, weil sie die deutsche Nation weiter spalten. In ihren im westlichen Teil Deutschlands siedelnden Angehörigen wird das falsche Bewußtsein genährt, sie allein seien die Fleißigen, die Arbeitsamen, die ihre im Osten lebenden Landsleute aushalten müßten, weil die weder sich richtig anstrengen könnten oder wollten noch mit Geld sinnvoll umzugehen verstünden.

Sich als Meister verantwortungslosen Umgangs mit Geld und großer Geldvernichtung hervorzutun, war Hiesigen mangels Masse – an Geld – meist nicht gegeben. Das besorgten gepriesene Unternehmer von auswärts wie Herr Pilz, der nach Albrechts bei Suhl gekommen war, um gewieft Fördergelder für eine PC-Firma zu kassieren; daß er dann, vielen Vertuschungsversuchen zum Trotz, wegen Betrugs im Knast landete, steht fälschlich auf einem anderen Blatt, während es mit auf dieses Blatt gehört. Allerdings als Begünstiger von Geld- und Wertevernichtern haben von den hier Aufgewachsenen, die nach 1989 Parlamentsmandate errangen oder in Regierungsämter gerieten, einige ziemlich viel Falsches mit üblen Auswirkungen getan. Man denke z.B. an die im Land Brandenburg in den Sand gesetzten gigantischen Großprojekte von der Art Dubai baut Chipfabrik an der Oder. Eine der schlimmsten nach 1989 begangenen Missetaten besteht darin, daß die von der CDU geführten Thüringer Landesregierungen in Bischofferode und anderswo Verrat an ökonomischen Landesinteressen geübt haben. Acht Kalischächte wurden geschlossen, per Fusion erhielt die BASF-Tochter Kali+Salz Kassel Zugriff auf die hochqualitative thüringische Kalilagerstätte, abgesegnet durch Staatsvertrag zwischen Thüringen und Hessen. Kali+Salz Kassel kam so aus einem Minus von 300 Millionen DM 1993 heraus und erreichte ein Plus von 163 Millionen DM 1998. Fakt ist, daß dieser Fakt verschwiegen wird. Fakt ist, daß erst recht nicht offengelegt wurde und wird, wie hier massive Finanzbegünstigung stattfand – zur Bereicherung eines Firmenkonglomerats im Westen durch Umverteilung von Ost nach West. Fakt ist auch, daß nach wie vor unaufgeklärt blieb, wohin die für die einstige DDR-

Kaliindustrie gedachte sogenannte „Treuhand-Milliarde“ gesickert oder gesprudelt ist.

Was die weltpolitischen Konsequenzen angeht, so bereitet allen am Frieden zwischen den Völkern interessierten Menschen in der Welt die größten Sorgen die Tatsache, daß Krieg, Erpressung, Staatsterror unter dem Vorwand von Kampf gegen Terrorismus unterm Diktat der USA um sich greifen, in gefährsteigernder Wechselwirkung mit unmenschlichen Gewalttaten tatsächlicher Terroristen. Die Zerstörung des Staates Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die spürbare Verminderung der Rolle ihrer Nachfolgestaaten, insbesondere Rußlands, als Weltmachtfaktor haben entscheidend zu diesen die Zukunft der Menschheit bedrohenden geopolitischen Veränderungen beigetragen.

Unverständliche verbale Zurückhaltung

Das mitbetrieben zu haben, ist eine schwere historische Schuld. Wenn es um die Jahre vor 1989 geht, sind wir nicht zimperlich, nach Irrtümern, Fehlern und Vergehen auch Verbrechen zu benennen. Die vergleichsweise starke verbale Zurückhaltung bei der Charakterisierung dessen, was den Völkern der UdSSR und der dem Warschauer Vertrag angehörenden Staaten sowie überhaupt allen Völkern Ende der 80er Jahre angetan wurde, war von Anfang an unverständlich und sollte um der Gerechtigkeit des politischen Urteils willen überwunden werden. Anders wird die Wahrheit nicht erkennbar oder sagbar, daß am Niedergang des Sozialismus Versagen, Verrat und politische Verbrechen von Angehörigen des leitenden politischen Personals ihren Anteil hatten, z.B. indem einige sich würdelosen Gehirnwäschen unterzogen.

Das festzustellen, bedeutet meines Erachtens auch, sich klarzumachen: Selbst wenn wir in der DDR eine von jederlei Privilegienanmaßung gänzlich reine und im Hinblick auf politische Begabung, Scharfsinn und Entschlußfähigkeit unübertreffbar geniale Menschengruppe an der Spitze gehabt hätten, in der Ende der 80er Jahre entstandenen und herbeigeführten internationalen Kräftekonstellation gab es für einen sozialistischen deutschen Staat kaum Chancen weiterer Entwicklung, ja Existenz. Es fehlten die objektiven und subjektiven Voraussetzungen.

Aus dieser nüchternen Hypothese würde ich aber keineswegs folgern wollen, wir könnten oder sollten wegschweigen, welche Versäumnisse und Fehler in unserem eigenen Handeln die verderblichen Entwicklungen begünstigten. Deshalb habe ich mich verpflichtet gefühlt, die widerspruchsvollen inneren Vorgänge ins Blickfeld zu rücken, aus denen von demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten allerhand gelernt werden kann.

Eine Kurzfassung dieses Textes wurde vorgetragen auf der (25.) wissenschaftlich-politischen Konferenz „Soziale und politische Konfliktpotentiale nach dem Systemwechsel 1989–1991 in europäischen Ländern und antikapitalistische Bewegung“, veranstaltet am 4./5. September 2004 in Berlin, Karl-Liebknecht-Haus, vom Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS, der Geschichtskommission der DKP, der Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal und den Redaktionen „Sozialistische Zeitung“ (Köln) und „junge Welt“ (Berlin).

Der Autor – Journalist, war 1962/63 Erster Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Leipzig, arbeitete ab 1964 als Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitung „Neues Deutschland“, wurde 1973 zum Stellvertreter des Ministers für Kultur der DDR berufen und am 8. November 1989 zum Vorsitzenden der Kulturkommission beim Politbüro des ZK der SED gewählt. Ab 3. Dezember gehörte er dem an diesem Tag nach dem Rücktritt des Politbüros und des ZK gebildeten Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitags an. Auf dem Parteitag, der am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 stattfand, war er Vorsitzender der Antragskommission; von den Delegierten wurde er zum Mitglied des Parteivorstandes der SED/PDS gewählt. Der Vorstand wählte ihn zum Präsidiumsmitglied, zuständig für Wissenschaft, Kultur und Bildung; er übernahm ferner den Vorsitz der Grundsatzkommission. 1990 gehörte er der am 18. März gewählten Volkskammer an, und während zweier Wahlperioden (1990–1994 und 1994–1999) arbeitete er als Abgeordneter des Thüringer Landtags.

Der hier vorliegende Sonderdruck wird mit Genehmigung des Autors herausgegeben vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., K.-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena (www.thueringer-forum.de). V.i.S.d.P.: Vera Haney